

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 63 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

Wochenspreis: Die Halle und Dorste monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75, halbjährlich RM. 7,50, jährlich RM. 14,00. Auslandspostzuschlag in Rechnung. 14. Jahrgang 212, Nr. 63. Halle: Saale; Leipziger Straße 61/62. Fernruf (tagsüber 7501, abends 7502) Nr. 7. Für den Redaktionsteil 7600 und 5610. — Postfach: Leipzig 20615.

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 4. Februar

Anzeigenpreis:
 Die Halle und Dorste monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75, halbjährlich RM. 7,50, jährlich RM. 14,00. Auslandspostzuschlag in Rechnung. 14. Jahrgang 212, Nr. 63. Halle: Saale; Leipziger Straße 61/62. Fernruf (tagsüber 7501, abends 7502) Nr. 7. Für den Redaktionsteil 7600 und 5610. — Postfach: Leipzig 20615.

Vor Spartakusputschen in Thüringen

Die Wahlen zum Sachsen-Parlament Das vorläufige Ergebnis

Dresden, 3. Februar.

Nach vorläufiger unverfälschter Berechnung sind in die folgende Zusammensetzung gewählt:

- 12 Mehrheitssozialisten,
- 22 Sozialdemokraten,
- 15 unabhängige Sozialisten,
- 5 Mitglieder der Deutschen Volkspartei,
- 14 Deutschnationalen und
- 1 Mitglied der christlichen Volkspartei.

Störung der sächsischen Wahlen

Dresden, 3. Februar.

Auf einem amtlichen Bericht über die gestrigen Vorgänge in Sachsen der 3. Eskadron des biesigen Ulanenregiments in alle die Wahlräume der fünf hiesigen Stimmkreise eingedrungen und haben, zum Teil unter dem Vorwand, im Auftrag des Soldatenrats zu handeln, Wahlzettel, Wahlzettel und andere für die Wahlhandlung dienende Dinge unter Protest der Wahlvorstände gewaltsam weggenommen. Anschließend ist dieser Terror dadurch verheerend aufzunehmen war. Der Stadtrat hatte eine vollständige Erklärung aller am Orte befindlichen stimmberechtigten Militärpersonen verlangt. Während die übrigen militärischen Stellen vollkommenen stillen gehalten, hat die 3. Eskadron den 2. Eschendorfer Stimmkreis aus dem biesigen Militärpersonen aufsucht, die nach dem 19. Januar in Ostpreußen eingetroffen waren, und sie nach dem 3. Eskadron in die aufgeführten Militärstellen geschickt genommen hatte, hat sich erst bei der Wahl dem militärischen Stimmkreis, der ungefähr 100 Militärpersonen angehörig waren. Ohne ihre Besondere in der vorgeschriebenen Form der Wahlvorstellung vorzubringen, haben die Soldaten zu unzulässiger Gewalt gegriffen. Der „Ostpreussische Anzeiger“ wurde vom Soldatenrat verboten, den amtlichen Bericht als Sonderdruck erscheinen zu lassen. Der Soldatenrat ließ die Aussagen der Druckerei in dem bewährten Stimmkreis, die den Befehl hatten, keine Sonderdrucke zu verkaufen. Heute früh ist die Besetzung des Stimmkreises aufgehoben worden, es fanden Verhandlungen zwischen dem Militär und dem Soldatenrat statt, die noch nicht beendet sind.

Der Kampf mit den Polen

Frankfurt, 3. Februar. (Anst.)

Im Laufe des gestrigen Tages wurde Aachen genommen. Die Truppen sind bis zum Wasser der Garenz vorgerückt. Bei den Kämpfen sind bis zum Wasser der Garenz vorgedrungen. Die preußischen Minister Ehrig und Heise, Landrat Leeb und Minister des Innern und zwei Mitglieder des Reichsrates der U. und S.-Märkte sind heute vormittag in Thorn eingetroffen, um sich in Verhandlungen mit den hiesigen Behörden sowie mit dem U. und S.-Rat über die Befreiung von unternichtlichen. (Um sich über die Befreiung zu unterrichten: Das Reichsamt!) Bei den Verhandlungen der Mitglieder der Kommission mit den Regierungspräsidenten Dr. Schilling aus Marienwerder, dem Kommandeur der sächsischen und preussischen Truppen, sowie Mitgliedern des hiesigen U. und S.-Rats wurde dem U. und S.-Rat Anerkennung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gesamt und bekräftigt, den U. und S.-Rat in ihrer jetzigen Stellung zu belassen. Nach der militärischen Befreiung gingen die Meinungen auseinander. Man hat jedoch einstimmig die Ansicht, dass der Grenzschutz, um sich jetzt ungenügend Elemente bräunen, einer gründlichen Reform bedürftig.

Regierungstreue Truppen in Ostpreußen

Königsberg, 3. Februar.

Die „Menschen Zeitung“ meldet: Die preussischen Minister Ehrig und Ehrig und der Reichskommissar für Ostpreußen, Wintgen, sind am Donnerstagabend, haben am Sonntag hier an einer fünfständigen Besprechung unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten teilgenommen, an welcher auch der Kommandeur General, der Kommandeur der 97. Division, Oberbürgermeister Hülshof, verschiedene Kommandeure des Regierungsbezirks, der Ostpreussische Militärkommando in A. und S.-Märkte und verschiedene Landesbeamte teilnahmen. Nach eingehender Ausdeutung wurden in einer einstimmig angenommenen Erklärung die Befugnisse der U. und S.-Märkte hinsichtlich der

Kontrolle der Wahlen und Wahlverfahren nach Maßgabe der von der Reichsregierung erlassenen Bestimmungen erneut festgestellt. Am Abend hielten die Vertreter der Berliner Reichsregierung in Gensbura eine Besprechung ab, welche eine Befreiung der dortigen Wahlverfahren vorschlug. Eine Vertagung der Vertreter der Soldatenräte aller mobilen Divisionen des Grenzschutzes und des Grenzschutzes in Ost- und Westpreußen in Allenstein am 31. Januar hat einstimmig erklärt, dass sie geschlossen hinter der jetzigen Regierung stehen, den Gesetzen vom 19. Januar und alle Befehle der Regierung ungehindert anerkennen und wenn nötig bereit sind, die Befehle der Regierung mit Waffengewalt durchzusetzen.

Verhandlungen mit den Polen

Berlin, 3. Februar.

Nach einer Meldung der „B. Z. a. M.“ haben zwischen der Regierung und Vertretern des polnischen Obersten polnischen Volksrates die Verhandlungen im Staatsministerium begonnen. Danach führt den Vorsitz in den Verhandlungen der Unterstaatssekretär im Staatsministerium Heimrich. An der durch eine allgemeine Aussprache eingeleiteten Verhandlung sollen Vertreter aller hiesigen Reichs- und Staatsbehörden, seitens des polnischen Volksrates als Bevollmächtigte Adamski, Kosciuszko, Kwiecinski, Weiszer und andere teilnehmen.

Winterfeldts Nachfolger

Berlin, 3. Februar.

Als Nachfolger des Generalinspektors von Winterfeldt als Kommandeur der deutschen Reichshandwaffenkommission in Spanien ist der Generalleutnant von Hammerstein, derzeit Militärisches Kommando in Berlin, berufen worden.

Schweres Eisenbahnunglück in Offenbach

Darmstadt, 3. Februar.

Am Bahnhof Offenbach am Main ereignete sich heute vormittag ein schweres Eisenbahnunglück. Ein aus Dilsdorf kommender Güterzug fuhr in einen Personenzug am Domplatz herein, wodurch mehrere Wagen ineinander gestoben wurden. 2 Personen wurden dabei getötet, 10 schwer und 16 leicht verletzt. Die Materialschäden sind beträchtlich. Der Eisenbahnbetrieb ist erheblich gestört.

Abreise nach Weimar

Berlin, 3. Februar.

Nach der „B. Z. a. M.“ sind heute die Volksbeauftragten vom Reichstag nach Weimar abgereist. Die republikanischen Schutztruppen hielten auf dem Bahnhof ein Ehrenabgeordnet. Obert hielt an das Bataillon folgende Ansprache: Kameraden! Im Namen der Reichsregierung danke ich Euch für die außerordentliche Tätigkeit der letzten Wochen. Ich hoffe, dass, während wir in Weimar ein Werk vollenden werden, das zum Segen des ganzen deutschen Volkes gereichen wird. Ihr fernestem Sorgen werde ich, dass Ruhe und Ordnung in Berlin erhalten bleiben.

Spartakusprozesse

Berlin, 3. Februar.

Bei dem Moskauer Kriminalgericht haben heute die Spartakusprozesse ihren Anfang genommen und werden voraussichtlich die ganze Woche über dauern.

Der Landtag für Neuh

Greifswald, 3. Februar.

Zwei den Wahlen zum Landtag für Neuh Altens Linie sind gemäß:

- 2 Deutschnationalen,
- 4 Demokraten,
- 2 Mehrheitssozialisten und
- 1 Unabhängigen.

Die Listen der bürgerlichen Parteien waren verbunden. Der Landtag von Neuh i. S. wird sich nach dem Ergebnis der gestrigen Wahlen aufzusammeln aus:

- 5 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Volkspartei,
- 4 Demokraten und
- 19 Sozialdemokraten.

Die Listen der bürgerlichen Parteien und die der beiden sozialistischen Parteien waren verbunden.

Dor Spartakusputschen in Weimar

Am Freitag versammelten sich die Truppen.

Befehl erhielt sich ein unter dem Einfluß der ungenügenden Sozialdemokratie lebendes militärisches Aufgebot in Stärke von ungefähr einer Kompanie Infanterie nach Weimar, um dort ein Gewesenes die gegen die Reichsregierung zu bilden. Unter diesen Truppen fehlten auch die üblichen Materialen nicht, ebenso sah man darunter vertrieben mit Karabinern ausgerüstete Zivilisten. Die letzteren führten auch eine Anzahl von Maschinenpistolen mit sich. Wie ich aus zuverlässigen Quellen erfahren habe, sind auch Truppen aus Gienach und Frankfurt nach Weimar unterwegs, wobei von Frankfurt aus auch Artillerie ausrückte ist. Die Gothaer Truppen waren sehr am anwesend und haben allem Anschein nach weit mehr Schutztruppen mit als zu ihrer eigenen Unterstützung mit sich waren. Zum Schutze der Nationalversammlung hat die Regierung auf dem Truppenübergang bei Oberdorf zahlreiche reguläre Truppen anzuordnen lassen. — Der Nachrichtenverkehr in Thüringen ist seit einigen Truppen anwesend nicht erloschen und wird militärischerseits überwacht. Es könnte jedoch noch nicht festgestellt werden, von welcher Stelle aus die Heerwerbungen stattfinden. Die Stadt Gotha, in welcher Unabängigkeit und Sozialisten vorbereiten, scheint Bremer Käufern entgegenzusetzen.

Kommandogewalt — Kriegsminister

Berlin, 3. Februar.

Der Kriegsminister Heinhardt wird der Unterstaatssekretär Köhler geben bekannt: Dem Kriegsministerium sind im Aufschluß an den gemeinschaftlichen Ertrag der Reichsregierung, des Reichsrates und des Kriegsministeriums vom 19. Januar 1919, betreffend vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensverhandlung, von allen Seiten zahlreiche Protestbroschüren zugegangen. Es hat zu ihnen folgende Erklärung gegeben: Die vorerwähnten Zustände im deutschen Heere verlangen geheimerweise eine unverzügliche Regelung der Kommandogewalt. Die Regierung hat sich hierüber von dem Obersten leiten lassen, hat Beschlässe getroffen, die von allen Seiten anerkannt werden könnten. Das hat zur Folge, daß von beiden Seiten Ansprüche und Rechte gepuffert werden müssen. Nur wenn dies geschieht und sich beide Teile an den Willen der Regierung beugen lassen, kann auf Wiederherstellung des geordneten Zustandes geteilt werden. Die Opfer, die jetzt gebracht werden, sind nicht einer Partei oder einer Regierung gebracht, sondern dem Wohle des Volkes und des Vaterlandes. Das deutsche Volk wird es den Offizieren und Unteroffizieren, ebenso wie den Soldaten, erhitzen, daß sie in schwerer Zeit zu ihm gehalten haben. Selbstverständlich muß es der Nationalversammlung überlassen bleiben, die entsprechenden Bestimmungen für das spätere Friedensregiment festzusetzen.

Belagerungszustand in Berlin angekündigt

Berlin, 3. Februar.

Der Verfassungsausschuss der Regierung. M. E. E. teilt mit: In der ersten nach wieviel Befürchtungen bezüglich neuer kommunistischer Aufstände geäußert worden. Es ist bekannt, daß zahlreiche Kantonen der russischen Sozialdemokratie in Berlin wohnen. Diese Kantonen der Berliner Bevölkerung sind schwer beunruhigt. Und wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß trotz der Verhandlungen nach Bremen und Weimar starke unterirdische Regierungen entstanden und die in Berlin bereit stehen. Diese Truppen sind auf erneute Aufstände gefaßt. Die weichen Berlin nach wohlüberlegtem Plane befehlen, sobald sich nicht erklären. Sollte erneut die Ruhe und Ordnung gestört werden, so werden die Truppen rüchlings durchgreifen und Ruhe und Ordnung mit Waffengewalt sichern. Die Regierung wird voraussichtlich, wenn es nötig ist, den Befehl auszusprechen verhängen. Die Verantwortung für Übergriffe fällt dann lediglich denen zu, die gegen Gesetz und Recht in verwerflicher Weise Befehle verhängen und Unruhen auslösen.



Endergebnis der deutschen Nationalwahlen

M. S. B. Berlin, 2. Februar.

Das Endergebnis der Wahlen vom 12. Januar zur deutschen Nationalversammlung lautet nach dem Ergebnis der Wahlzählung wie folgt:

Die Deutsche Volkspartei, einschließlich der Bayerischen Volkspartei und der katholischen Volkspartei Bayern	42
Die Deutsche Volkspartei	21
Die Christliche Volkspartei, einschließlich der Bayerischen Volkspartei und der katholischen Volkspartei Bayern	88
Die Demokratische Partei, einschließlich der Deutschen Volkspartei in Bayern	75
Die Sozialdemokratische Partei	163
Die Unabhängige sozialdemokratische Partei	22
Die Bayerische Bauernbund	4
Die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Partei	1
Der Reichsverband der Landesparlamentsverbände	1
Die Deutsche Demokratische Partei	4
Unbenutzte Sitze	421

Englisches Urteil über die Wahlen

Amerham, 30. Januar.

Der hier einetroffene „Labour Leader“ vom 30. Januar berichtet den Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und über die Hauptthesen und wichtigsten Ergebnisse der Wahlen. Er ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen. Er ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen. Er ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Gegen Loslösungsbestrebungen im Rheinland

Berlin, 3. Februar.

Wie die „Nationalliberale Correspondenz“ meldet, ist von Seiten der Deutschen Reichspartei nachdrücklich Protest erhoben worden gegen die Loslösungsbestrebungen im Rheinland. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Durchführung von Kammerfragen

Der Reichstag hat heute die Kammerfragen zur Durchführung von Staatsangelegenheiten und der Reichsverwaltung beschlossen. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Amliche Berichterstattung

Die Reichspartei hat heute eine amliche Berichterstattung über die Wahlen veröffentlicht. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Verpflichtung dreimal (Schlitzer ist als in den letzten Zeiten des alten Systems. Ober liegt das etwa nur an der Schwere der beiden Väter? Es ist vielleicht nur ein Verhältnis für die „dornenlose“ Aufgabe, die unter Revolutionären zu verstehen, als sie sich an die Aufgabe der Freiheit zu setzen. Der alte Staat ist nicht unter Volk die Verantwortung der beiden Väter nicht zu belegen. Es hat aber ein nach dem Wahren einen Blick, was auf dem Gebiete der revolutionären Politik zu tun ist, und mit diesem Wahren bezieht sich die amliche Berichterstattung über die Wahlen. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Kleine Nachrichten

„Deutschlands Erneuerung“, die im Verlag von H. B. Schömann in München erscheinende Zeitschrift „Nationalistische Monatschrift“ (Preis jährlich 5 M., Einzelheft 1.80 M.), leitet ihr Februarheft mit einem Aufsatz von Geh. Hofrath Dr. v. B. über die Bedeutung des deutschen Reiches ein. Der Aufsatz ist von H. B. Schömann verfasst und behandelt die Bedeutung des deutschen Reiches in der Welt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Kunst und Wissenschaft

Am Tod Karl Lindau. Am 3. Juni 1914, seinen 70. Geburtstag feiernd, ist er völlig unvorbereitet von dem Tode ergriffen. Er nahm an der nächsten Ausdauer mit der Krankheit an, und viele wurden ihm. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Halle und Umgebung

Dalle, 4. Februar

Die Nahrungsmittelverehrung in Halle

Die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Von da für diese Woche geltenden Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Die Reichsämterstatistik

Die Reichsämterstatistik über die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Die Reichsämterstatistik

Die Reichsämterstatistik über die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Die Reichsämterstatistik

Die Reichsämterstatistik über die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Die Reichsämterstatistik

Die Reichsämterstatistik über die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

Die Reichsämterstatistik

Die Reichsämterstatistik über die Verbrauchsmenge an Schmalzöl und Butter in der Woche vom 8. bis 9. Februar bei den Reichsämtern auf Grund der Reichsämterstatistik entnommen werden darf, wird auf 300 Gramm schätzt. Die Reichspartei ist der Überzeugung, dass die Wahlen ein klares Bild der politischen Stimmung in Deutschland zeichnen.

